

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Atlantischer Konjunkturdisput

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1978) : Atlantischer Konjunkturdisput, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 2, pp. 56-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135156>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

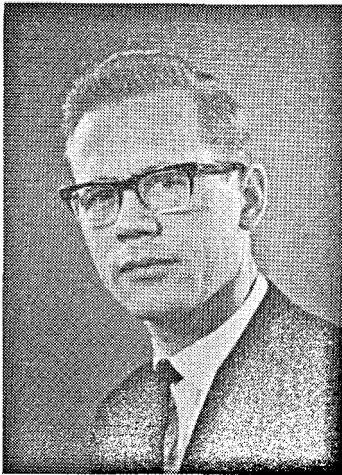
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Groß

Atlantischer Konjunkturdisput

Aus den wirtschaftspolitischen Zieldeklarationen der Bundesregierung und des amerikanischen Präsidenten am Jahresbeginn entwickelte sich in diesem Jahr ein Wortwechsel der beiden führenden Handelsmächte über den richtigen Weg zur Wiederankurbelung der Weltwirtschaft.

Dieser Dialog zeugt zunächst von der allgemein gewachsenen Einsicht in die Interdependenz des Konjunkturgeschehens und damit auch in die wirtschaftspolitische Verantwortung der Regierungen über die Grenzen hinweg. Schließlich entsprechen die Warenausfuhren der westlichen Industrieländer im Durchschnitt bereits 15% ihres Sozialprodukts. Aber die Unterschiede der Außenhandelsintensität von

Land zu Land sind andererseits auch eine der Ursachen für die Verständigungsschwierigkeiten – erreicht doch diese „Exportquote“ in den USA nur reichlich 6%, in der Bundesrepublik aber 23%. Während so in den USA Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmer nach wie vor weitgehend inlandsbestimmt sind, spielt in der Bundesrepublik die Einschätzung der Konjunkturaussichten im Ausland eine Rolle, die der nationalen Wirtschaftspolitik kaum nachsteht.

Hier liegt die Schwachstelle der von den USA nach wie vor verfochtenen „Lokomotiv“-Theorie, nach der die drei führenden Volkswirtschaften USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland die matte Weltkonjunktur durch kräftige Ankurbelungsprogramme wieder beleben sollen.

Außerhalb der USA ist diese These längst modifiziert worden. So wies die EG-Kommission jüngst nachdrücklich darauf hin, daß ohne einen Beitrag der „schwachen“ Mitgliedsländer keine hinreichenden Wachstumsvoraussetzungen gegeben seien. Die Rolle auch eines „starken“ Landes wie der Bundesrepublik kann in der Tat lediglich darin bestehen, eine Spitzenposition im Rahmen koordinierter Bemühungen zur Nachfrageanregung einzunehmen, um so der Entstehung konjunkturbedingter Zahlungsbilanzschwierigkeiten in anderen Ländern vorzubeugen.

Bedenklicher als die Meinungsunterschiede zwischen der Bundesrepublik und den USA über diese Rollenverteilung ist ihre offensichtlich abweichende Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen des verfügbaren konjunkturpolitischen Instrumentariums, und das heißt wohl: der Ursachen für die weltwirtschaftliche Konjunkturflaute.

Argumentation und Strategie in den USA selbst lassen darauf schließen, daß die Rezession von 1974/75 und ihre Folgen nach wie vor primär als „Betriebsunfall“ gesehen werden,

dem mit den gewohnten keynesianischen Rezepten zur Nachfragestimulierung beizukommen wäre. Hier aber müßte schon das bisherige Ausbleiben eines sich selbst tragenden, keiner weiteren staatlichen Nachhilfe bedürftigen Investitionsaufschwungs in den USA ein unübersehbares Warnzeichen sein.

Noch stärker werden die Zweifel bei einem Blick auf die Bundesrepublik. Sie braucht sich nämlich mit ihren Ankurbelungsmaßnahmen, die seit der Rezession ergriffen worden sind, keineswegs verstecken. Wenn es zur erhofften Zündung bei den privaten Investitionen gleichwohl nicht kam, so muß sich wohl gegenüber früher etwas Wesentliches geändert haben.

In diesem Zusammenhang können die Verschiebung der Verteilungsrelationen seit Anfang der siebziger Jahre, die offensichtlichen Schwierigkeiten für eine Korrektur und die aus gleichartigen Gründen noch recht inflatorische Entwicklung in wichtigen Partnerländern wirklich nicht übersehen werden. Denn wie sollen Investoren einen langanhaltenden, zu Vollaustlastung und Vollbeschäftigung zurückführenden Aufschwung erwarten, solange damit zu rechnen ist, daß die Wirtschaftspolitik längst vorher wieder auf Gegenkurs gehen muß, um verstärkten Inflationsgefahren entgegenzutreten?

Neben verteilungspolitischen Erklärungen lassen sich für die Konjunkturschwäche in den Industrieländern eine ganze Reihe struktureller Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite als neue Wachstumshemmnisse anführen. Damit wird eine nachdrückliche Ankurbelungsstrategie keynesianischen Musters nur noch problematischer, als sie es ohnehin ist. Weil aber ökonomische Thesen letztlich nicht mit naturwissenschaftlicher Exaktheit beweisbar bzw. widerlegbar sind, ist ein Ende der wirtschaftspolitischen Dissonanzen zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht abzusehen.